

Gebt die (illegal beschafften) Daten zurück

Gastkommentar. In der Causa BVT darf kein Eindruck einer Doppelmoral entstehen.

VON GEORG VETTER

Das Oberlandesgericht Wien hat also den richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl im Zusammenhang mit dem BVT als rechtswidrig beurteilt. Diese universal begründete Entscheidung sollte Anlass für Konsequenzen sein: Nie wieder sollte sich ein Journalrichter mitten in der Nacht dazu drängen lassen, eine staatspolitisch derart sensible Entscheidung zu treffen. Auch und gerade wenn die Staatsanwaltschaft (StA) mit einem Team von IT-Spezialisten und 68 Straßenpolizisten für den nächsten Morgen Gewehr bei Fuß steht, sollte er sich für einen Angriffsbefehl die entsprechende Zeit nehmen.

Über die Stellung der öffentlichen Ankläger ist nachzudenken. Die Angst vor unsachlichen politischen Interventionen hat dazu geführt, dass nunmehr ein einzelner Staatsanwalt ohne vorhergehende Information nach oben paralysierende Entscheidungen treffen kann. Da hat der Gesetzgeber über das Ziel hinausgeschossen. Es hat schon seinen guten Grund, dass es eine Weisungskette gibt, an deren Spitze der Justizminister steht. Dieser hat diese Aufgabe im Sinn der Staatsraison wahrzunehmen, Weisungen offenzulegen und für diese geradezustehen. Diese politische, das Staatsganze einbeziehende Verantwortung muss nicht immer mit der rein juristischen Betrachtung eines Staatsanwalts übereinstimmen.

Eine interessante Nebenfrage ergibt sich aus der Ankündigung von Minister Moser, dass nun die StA Korneuburg die Handlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) „in jede Richtung“ prüfen sollte. Wieder begehen wir der bereits im ersten Semester jedes Juststudiums gestellten Frage: Wer bewacht die Wächter? Denn die Staatsanwaltschaft Korneuburg ist nicht die Innenrevision des Ministeriums, sondern eine Strafverfolgungsbehörde. Oder gibt es

hier möglicherweise ein weiteres Strafverfahren, von dem die Öffentlichkeit noch nichts weiß? WKStA ermittelt gegen BVT, StA Korneuburg ermittelt gegen WKStA? Ein interessantes Land.

Besonders spannend ist die Frage, was mit den im Rahmen der Hausdurchsuchungen sichergestellten Daten zu geschehen hat. Zur Erinnerung: Anlass der Hausdurchsuchungen war der Vorwurf, dass im BVT Daten illegal gespeichert würden. Wenn nun die Staatsanwaltschaft derartige Daten behält, die sie sich auf einem als rechtswidrig erkannten Weg beschafft hat, riecht dies nach Doppelmoral.

Das Verhältnis maßgeblicher Teile der Bevölkerung zum Datenschutzrecht ist seit der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung, vorsichtig ausgedrückt, angespannt. Wenn nun die Staatsanwaltschaft mit illegal erworbenen Daten ein Strafverfahren führt, kann dies durchaus dazu führen, dass in der Bevölkerung der Eindruck einer Doppelmoral entsteht. Eine solche Doppelmoral kann zur Ablehnung des Staates und ähnlichen Konsequenzen führen, die einem funktionierenden Staat alles andere als egal sein können.

Beweismittelverbot geplant

Die Staatsanwaltschaft wäre daher gut beraten, die im Zuge der rechtswidrigen Hausdurchsuchungen erlangten Beweise nicht zu verwerten. Damit läge sie beispielgebend sogar auf der Linie des Regierungsprogramms, in dem die Umsetzung eines absoluten Beweismittelverbots, die „zwingende Vernichtung“ solcher Ermittlungsergebnisse und das „Verbot jeglicher Auswertung“ bei rechtskräftig festgestellter Rechtswidrigkeit einer Ermittlungsmaßnahme als Ziele festgeschrieben sind.

Georg Vetter ist ein österreichischer Wirtschaftsanwalt und war von 2013 bis 2017 Nationalratsabgeordneter, ursprünglich für das Team Stronach, danach für die ÖVP.

E-Mails an: debatte@diepresse.com



Österreichische Studenten forschen schon längst an internationalen Universitäten.

[Reuters]

Wir sind ohnehin unangemessen bescheiden

Gastkommentar. Anmerkungen zur Exzellenzinitiative der Österreichischen Bundesregierung.

VON HANNES STOCKINGER UND SIGISMUND HUCK

Das war flott: Nur eine Woche, nachdem wir unseren von mehr als 50 wissenschaftlichen Gesellschaften gezeichneten Appell zur Stärkung kompetitiver Grundlagenforschung an ausgesuchte Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung geschickt haben, überrascht uns diese mit einem Ministerratsvortrag für ein neues Forschungsfinanzierungsgesetz. Das Gesetz soll im Frühjahr beschlossen werden.

Wie Minister Faßmann richtig feststellt, waren Forschungsfinanzierungsgesetze in früheren Regierungsprogrammen enthalten, allerdings ohne je konkret umgesetzt worden zu sein. Es ist gerade dieser Umstand, der unser Fass zum Überlaufen gebracht hat, nachdem dem Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) zu Jahresbeginn (lediglich) zusätzliche 110 Millionen Euro bis zum Jahr 2021 in Aussicht gestellt wurden.

Noch zum Jahreswechsel 2017/2018 konnten wir erwarten, dass eine dem FWF von der Vorgängerregierung zugesagte reale Budgetaufstockung um 280 Millionen Euro halten würde.

Das nunmehr angekündigte Forschungsfinanzierungsgesetz wird dem Vernehmen nach die Schaffung eines einzigen Beratungsgremiums anstelle der bisherigen drei (Rat für Forschung und Technologieentwicklung RFTE, Österreichischer Wissenschaftsrat, ERA Council Forum Austria) beinhalten.

Nur noch ein Gremium

Mit im Gesetz angeführten Forschungseinrichtungen sollen dreibis vierjährige anstelle der bisher jährlichen Vereinbarungen geschlossen werden, was sehr zu begrüßen ist. Explizit erwähnt werden hier der FWF, die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft (LBG), die Christian-Doppler-Gesellschaft (CDG) sowie vermutlich

die Akademie der Wissenschaften (ÖAW).

Keine konkreten Angaben gibt es derzeit zur Struktur und Finanzierung der angekündigten Exzellenzinitiative mit Schwerpunktbildungen an den akademischen Forschungseinrichtungen (Universitäten, Akademie der Wissenschaften etc.). Deren Finanzierung soll bei einem FTI-(Forschung, Technologie, Innovations-)Gipfel im Frühjahr 2019 zunächst einmal besprochen und (hoffentlich bald) in einem FTI-Pakt festgeschrieben werden. Minister Faßmann hofft, zumindest einen Teil der Mittel durch Durchforstung der Förderlandschaft (Stichwort: Transparenz- oder Forschungsfinanzierungs-Datenbank zur Dokumentation der Zahlungsflüsse von Bund und Ländern) lukrieren zu können.

Was den FWF betrifft, sehen wir keine Notwendigkeit für weitere Gipfelgespräche: Alle vom FWF geförderten Projekte wurden zuvor von (ausschließlich)

PIZZICATO

Afrikanische Tänze

Wer nach Afrika reist, begibt sich auf gefährliches Terrain – nicht wegen der einst kriegerischen Stämme mit ihren Voodoo-tänzen, der Löwenrudel oder der Krankheiten, die Abenteuerer wie David Livingstone zu schaffen gemacht haben. Nein, es sind die Willkommenstänze, die Besucher zu Verrenkungen animieren.

Hüftsteif und hölzern versuchte neulich Theresa May in Südafrika im Takt mitzuwippen. Dies trug der britischen Premierministerin, einer Pastorentochter, den Spottnamen Maybot ein – Kurzform für May-Roboter, der seit Wahlkampfzeiten als Sprechroboter an ihr haftet. Sie weckte Reminiszenzen an Katharine Hepburn in der Rolle der resoluten, knöchernen Missionarsschwester im Film „African Queen“. Angela Merkel, die andere Pastorentochter, ist bei ihrem Afrika-Trip im Senegal, in Ghana und Nigeria vorgewarnt – und vor ihrer Visite in der Terra incognita auch Melania Trump, die vorzugsweise in hochhackigen Stiletto herumbastet wie eine Störchin.

Vielleicht sollten sie Nachhilfe bei Karin Kneissl nehmen, unserer Walzerkönigin. Oder gleich bei Aretha Franklin, der verstorbenen Queen of Soul – einer Pastorentochter, die vor Jahren in Washington voller Anmut den Song „A Natural Woman“ darbot, ihren Nerz nonchalant zu Boden gleiten ließ, das Publikum zu Begeisterungstürmen hinriss und Barack Obama zu Tränen rührte. (vier)

Reaktionen an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Warum einfach, wenn's umständlich auch geht?

„Kfz-Steuer könnte ab 2020 steigen“, von Norbert Rief, 28. 8. Warum einfach, wenn's umständlich auch geht? Unter diesen Titel könnte man das System der Kfz-Steuer, ob jetzt oder künftig, einordnen. Da wird an „Normverbräuchen“ herumgebastelt, die doch alle nur Schall und Rauch sind, hängt doch der tatsächliche Verbrauch vor allem vom Umgang mit dem Gaspedal ab. Es scheint sich noch nicht bis ins Finanzministerium durchgesprochen zu haben, dass ein viel gefahrenes schweres Auto mehr CO₂-Ausstoß verursacht als der wenig gefahrene Kleinwagen; und dass dieser Ausstoß mit dem Treibstoffverbrauch

unmittelbar zusammenhängt!

Also: Splitting der Mineralölsteuer in eine Abgassteuer (auch für Heizöle, Kerosin . . .) nach C-Gehalt (Diesel höher als Benzin) und eine zweckgebundene Straßensteuer. Dann braucht's keine Nova, keine komplizierten „Normverbräuche“, etc., pp.

Klaus Brandhuber, 4600 Wels

Ein verhängnisvolles Machtspiel

„Wie Österreichs (einst) schönster Ort seine Seele ermorden ließ“, „Quergeschrieben“ von Christian Ortner, 17. 8.

Endlich traut sich ein Journalist in einem Qualitätsmedium an dieses Thema heran! Kompliment!

Dass die Bürgermeister die Bauinstanz sind, ist natürlich ein verhängnisvolles Machtspiel. Denn wer mehr über den anderen weiß, kann ihn oder sie besser erpressen und scheußliche Projekte durchsetzen. Dazu kommt, dass Bürgermeister meistens keine Bauexperten sind und auch kein

Interesse an möglichst wenig Verbrauch von Grund und Boden haben. Man denkt ja vor allem an die eigene Legislaturperiode und „verkauft“ politisch jedes auch noch so hässliche Gebäude über das Argument der „entstehenden Arbeitsplätze“. Und so wird das ganze Land mit den hässlichsten sogenannten Fachmarktzentren übersät, die den Augen wehtun, die gewachsene örtliche Infrastruktur zerstören, nur mit Auto erreichbar sind, und die auch letztendlich kein Mensch braucht. Aber dann ist der Boden schon versiegelt und das Ortsbild ruiniert – siehe Liezen, Gmunden etc.

Es ist traurig, wie mit den letzten verbliebenen Refugien in Österreich umgegangen wird, und dass sich die Politik nicht durchringen kann, in gewissen schönen und schützenswerten Regionen einfach den Bauwildwuchs zu verbieten (siehe Schweiz). Und Österreich ist auch weltweit schon das Land mit der höchsten Shoppingcenterfläche pro Kopf, wozu dürfen immer noch diese grau-

auswärtigen) Gutachtern exzellent beurteilt. Allerdings muss eine erhebliche Anzahl von exzellent bewerteten Projekten aufgrund von Geldmangel abgelehnt werden – ein seit vielen Jahren bestehendes Ärgernis. So konnten 2017 rund 220 Projekte mit einem Antragsvolumen von etwa 83 Millionen Euro nicht bewilligt werden, obwohl ihnen nach internationaler Begutachtung eine exzellente Qualität bescheinigt wurde.

Mit der Finanzierung von unter anderem Schwerpunkt- und Doktoratsprogrammen, der Förderung von internationaler Mobilität (Schrödinger-Stipendien, Lise-Meitner-Programm) sowie der Karriereentwicklung für Wissenschaftlerinnen (Firnberg- und Richter-Programm) wird gerade jene Spitzenforschung finanziert, von der mittlerweile Generationen von Vorläufer-Bundesregierungen geträumt haben. Sowohl der RFTE als auch der Österreichische Wissenschaftsrat fordern daher seit Jahren eine substantielle Erhöhung des FWF-Budgets.

Wissenschaft ist international

Wir stehen in direkter Konkurrenz – auch um die besten Köpfe – innerhalb und außerhalb Europas. Bezogen auf die Einwohnerzahl verfügt der FWF über ein Jahresbudget von 25 Euro pro Einwohner. Dazu einige Schwestergesellschaften des FWF im Vergleich: die deutsche DFG hat 38 Euro, die holländische NWO 55 Euro, die Academy of Finland 82 Euro, der Schweizer SNF 101 Euro jeweils pro Einwohner. Und bitte nicht übersehen: Österreichs Wissenschaft ist und war schon international, als in vielen Bereichen des Landes noch in nationalen Kategorien gedacht und gehandelt wurde.

So gesehen ist der FWF bei der Internationalisierung hilfreicher als im Regierungsprogramm angeordnete Maßnahmen wie „verstärkte Bemühungen, Dependancen von internationalen Top-Universitäten nach Österreich zu holen“. Unsere jungen Leute forschen schon jetzt an diesen Universitäten, und ausländische Forscher ar-

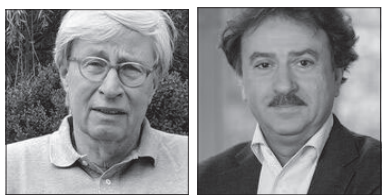
beiten an unseren Forschungseinrichtungen! Die effizienteste Maßnahme, „Mobilität und Internationalisierung (zu) forcieren“ (Regierungsprogramm), ist eine adäquate finanzielle Ausstattung des FWF.

Im Regierungsprogramm angesprochen, und sicherlich auch Thema beim FTI-Gipfel im Frühjahr 2019, ist Folgendes: „EU-Forschungsrahmenprogramm für Österreich nutzen und auf bestehenden Stärken (Exzellenzorientierung) aufbauen“. Dafür ist eine solide aufgestellte nationale Förderstruktur nachweislich die beste Maßnahme. Von den zwischen 2007 und 2017 vergebenen 216 Grants des Europäischen Forschungsrats (ERC) an in Österreich tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hatten knapp zwei Drittel (63 Prozent) einen FWF-Track-Record. Seit 2007 gingen bezeichnenderweise die meisten ERC Grants pro Einwohner an die Schweiz (67.5), Israel (56.0) und die Niederlande (42.3) (Österreich: 24.8, Platz acht).

Um den ambitionierten Plänen einer Exzellenzinitiative gerecht zu werden, sollte sich die Bundesregierung als mittelfristiges Ziel zumindest an der DFG orientieren, was einem FWF-Jahresbudget von rund 300 Millionen Euro entspräche. Von einem FWF-Budget, das dem der Schweiz (2016: 830 Millionen Euro, 8,4 Millionen Einwohnern) entspricht, dürfen wir wohl nur träumen. Wir sind mit unserem Ansinnen in Anbetracht des Aufholbedarfs ohnehin unangemessen bescheiden. So empfiehlt der RFTE in seinem Jahresbericht 2017 als Basis einer geforderten (und mittlerweile auch von der Regierung in ihrem Programm angeordneten) Exzellenzinitiative eine Vervielfachung des derzeitigen FWF-Budgets. Wenn also zu lesen ist, dass das österreichische Wissenschafts- und Forschungssystem zu einem der wettbewerbsfähigsten der Welt gemacht werden soll, dann ist dafür eine ausreichende finanzielle Ausstattung des FWF unabdingbar.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

DIE AUTOREN



Sigismund Huck, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Neurowissenschaften (links), und **Hannes Stockinger**, Vorsitzender des Verbands der Wissenschaftlichen Gesellschaften

Österreichs (rechts), haben kürzlich einen Appell in Form eines offenen Briefs an für Forschung & Entwicklung zuständige Mitglieder der österreichischen Regierung initiiert.

Der Appell (zu lesen auf www.vwgoe.at sowie www.austrian-neuroscience.at) wurde von 53 wissenschaftlichen Gesellschaften, die mehr als 22.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vertreten, unterzeichnet.

[privat]

QUERGESCHRIEBEN

VON KARL-PETER SCHWARZ



Der Onkel in Amerika, die schwule Lobby und der Papst

Erzbischof Viganò erhebt einen ungeheuren Vorwurf gegen Papst Franziskus. Er soll jahrelang die sexuellen Übergriffe des Kardinals McCarrick geduldet haben.

Ave Maria! Mamma mia, in welche Hände sind wir gefallen, wir und die arme Kirche Gottes! Das Stoßgebet entfuhr Don Loffredi OSB Silv., als er am Sonntagmorgen den im Internet veröffentlichten Brief des emeritierten Erzbischofs Carlo Maria Viganò las. Wie der italienische Benediktiner dürften viele Priester und Laien empfunden haben, sofern sie nicht selbst zu einer der homosexuellen Seilschaften gehören, die sich in der Kirche eingenistet haben, von den Pfarren bis zur Kurie.

Bezogen auf Viganòs Zeugnis die übliche journalistische Floskel zu bemühen, es sei „wie eine Bombe eingeschlagen“, wäre eine Untertreibung. Der Brief hat ein wahres Erdbeben ausgelöst, das die Kirche weltweit erschüttert und neue Gräben aufreißt. Angesichts der Ungeheuerlichkeit der Anschuldigung können Papst, Bischöfe und Kardinäle nicht mehr so weitermachen wie bisher.

Die wesentliche Aussage Viganòs: Papst Franziskus müsse zurücktreten, denn er habe seit Jahren von den sexuellen Übergriffen des schwulen amerikanischen Kardinals Theodore McCarrick gewusst, aber erst eingegriffen, als heuer im Juni allgemein bekannt wurde, dass „Uncle Ted“ in den 70er-Jahren einen minderjährigen Ministranten missbraucht hatte.

Am 23. Juni 2013, behauptet Viganò, damals Nuntius in Washington, habe er den Papst persönlich informiert, dass es ein dickes Dossier über McCarrick gebe, diesen „Serientäter“, der „Generationen von Seminaristen und Priestern“ missbraucht habe. Den amerikanischen Bischöfen lagen seit 1994 Klagen über McCarrick vor. Viganò zufolge berichtete Nuntius Pietro Sambini am 22. November 2000 nach Rom, der Erzbischof lade regelmäßig Seminaristen in seine Villa am Meer ein, mit denen er „sein Bett teilt“. Anhand der Berichte der Nuntiatur dürfte sich diese Behauptung leicht überprüfen lassen. Über 80 Prozent der Missbrauchsfälle im kirchlichen Bereich sind übrigens gleichgeschlechtlicher Natur, was das Argument entkräftet, an den Sex-

skandalen des katholischen Klerus sei nur der Zölibat schuld.

McCarricks kirchlicher Karriere schaden weder Gerüchte noch Berichte: Er wurde Weihbischof in New York (1977), Bischof von Metuchen (1981), Erzbischof von Newark (1986) und Washington (2000–2006), Kardinal (2001). Benedikt XVI. versetzte ihn 2006 in den Ruhestand, doch Franziskus holte ihn, wie McCarrick es ausdrückte, „wieder ins Spiel“. Der Kardinal konnte zwar aus Altersgründen am letzten Konklave nicht teilnehmen, rühmte sich aber, seinen Einfluss für die Wahl Bergoglios geltend gemacht zu haben, mit dem ihn eine lange Freundschaft verbinde.

Nach Viganòs Darstellung, die von vielen Vatikanisten geteilt wird, hat sich

das vatikanische Staatssekretariat unter Johannes Paul II. und Benedikt XVI. weitgehend selbstständig gemacht. Viganò entlastet die beiden Päpste, deren Führungsschwäche dazu beitrug, und gibt die Schuld der Duldung und Förderung homosexueller Seilschaften den Staatssekretären Angelo Sodano und Tarcisio Bertone. Viganò hatte sich mächtige Feinde in der Kurie gemacht, als er die Finanzverwaltung des Stadtstaates in Ordnung brachte. Bertone hatte ihn deshalb an die Nuntiatur in Washington verbannt. Möglich, dass er sich nun rächen will. Aber es geht nicht um seine Motive, sondern darum, ob seine präzise formulierten und überprüfbaren Vorwürfe der Wahrheit entsprechen oder nicht.

“

Mit verlorenen Schafen weiß die Kirche umzugehen. Aber mit verlorenen Hirten oder gar Oberhirten?

Mit verlorenen Schafen weiß die Kirche umzugehen. Aber mit verlorenen Hirten oder gar Oberhirten? Um sich vor äußeren Feinden zu schützen, beschränkt die Kirche zu Recht den Zugang zu ihren Archiven. Um sich ihrer inneren Feinde zu entledigen, muss sie jetzt jedoch alles tun, um sämtliche Fälle von Missbrauch und Vertuschung aufzuklären. Die erste Reaktion von Papst Franziskus („Ich werde kein Wort dazu sagen“) deutet nicht darauf hin, dass er sich daran beteiligen möchte.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zum Autor:

Karl-Peter Schwarz war langjähriger Auslands-korrespondent der „Presse“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Mittel- und Süd-europa. Jetzt ist er freier Journalist und Autor (kairos.blog).

Morgen in „Quergeschrieben“: Christian Ortner

sigen deutschen Handelsketten in Österreich bauen?

Zum Schluss, an Dürrenmatt angelehnt, kommt dann eher nicht die alte Dame, sondern es kommen ein paar wenige alte Herren, die sich finanziell sanieren bzw. einfach abcashen. Und wir haben nichts mehr, was wir den folgenden Generationen weitergeben könnten – außer ein paar Hotel- und Gewerberuinen.

Rudolf J. Melzer, 8954 St. Martin

Sie pudeln sich auf, die üblichen Verdächtigen

„Regierung versperrt Asylwerbern den Zugang zu einer Lehre“, von Karl Gaulhofer, 27. 8. Sie pudeln sich wieder gewaltig auf, die üblichen Verdächtigen, linke Kirchenvertreter, Asylindustrie, Opposition sowieso, um Billigarbeitskräfte fürchtende „Wirtschaftsvertreter“ etc. Sie alle lieben Migrantenlehrlinge ohne Aufenthaltstitel, naheliegende Potenziale bleiben unbeachtet. Würde man sich mit gleicher Verve um einhei-

mische junge Leute ohne Berufsabschluss, Arbeitslose und anerkannte Flüchtlinge kümmern, wäre viel zu erreichen – und eine weitere Tür zum massenhaften Missbrauch des Asylrechts bei illegaler Einwanderung in den Sozialstaat bliebe geschlossen.

Dr. Werner Milota, 1130 Wien

Bleiberecht – auch aus humanitären Gründen

Die vielen Wortmeldungen der letzten Tage von Regierungspolitikern zum Thema „Lehrlinge abschieben“ kann ich nicht verstehen und schon nicht mehr hören! Nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus humanitären, menschlichen Gründen sollte, müsste und kann es aus meiner Sicht doch nichts anderes als ein Bleiberecht geben! Ob Österreich jetzt 1000, 2000 oder 3000 jungen Menschen zu einer ausgezeichneten Berufsausbildung verhilft, in einem der reichsten EU-Länder, wem sollte dies schaden? Diese jungen Menschen gehen dann,

wenn sie nach vier, fünf oder mehr Jahren nicht hier bleiben dürfen und die Situation im Heimatland sich gebessert hat, zurück und haben einen gut erlernten Beruf! Schlecht? Durch Menschlichkeit erhöht sich auch unser Ansehen, das durch etliche Aussagen in den letzten Monaten doch international gelitten hat.

Richard Hunacek, 9500 Villach

Ein Tiefpunkt

Zum „Spectrum“ vom 25. 8. Die Cartoons im „Spectrum“ sind von unterschiedlicher Qualität; jener vom 25. 8. war aber ein Tiefpunkt. Will „Die Presse“ mit solchen tendenziösen Veröffentlichungen den „Standard“ (weit) links überholen? (Dafür würde auch die erstaunliche – anscheinend ernst gemeinte – Verniedlichung des Kommunismus auf Seite 2 derselben Ausgabe – „Ein Alzerl Lenin“ – sprechen.)

Werden Sie im Sinn der Meinungsvielfalt als „Beispiel für Demokratie“ demnächst auch

bringen: „Die übergroße Mehrheit der Leute ist dafür, Ausländer abzuschließen/ihnen die Mindestsicherung zu entziehen usw.“?

Dr. Andreas Foglar-Deinhardstein, 1010 Wien

Beileibe keine deutsche Spezialität

„Die deutschen Manager müssen verrückt sein“, Gastkommentar von Hans Czokor, 23. 8.

Hans Czokor meint: „Die deutschen Manager müssen verrückt sein.“ Irrtum. Erstens, die Flops, die er beschreibt, sind beileibe keine deutsche Spezialität. Zweitens, „verrückt“ sind nicht die Manager, sondern all jene, die glauben, Unternehmensführung sei eine auf reiner Rationalität gründende Veranstaltung. Die drei großen „Player“, Topmanagement, die Beraterzunft und die Aus- und Weiterbildungsszene, tun alles, um diesen Glauben am Leben zu erhalten. Aus gutem Grund: Sie haben es sich bequem eingerichtet, und nicht wenige verdienen

prächtig damit. Die Annahme, Unternehmensführer seien eine in „Kaderschmieden“ geformte Spezies, die bei ihren Steuerungsmannövern jegliche Irrationalität auszublenzen vermag, war immer schon naiv. Nun, im 21. Jahrhundert, mit seiner Entgrenzung und der extremen Unbestimmtheit, werden die Folgen dieser Naivität immer öfter und immer peinlicher offenkundig.

ao. Univ.-Prof. Dr. Heinz K. Stahl, 2522 Oberwaltersdorf

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.